



KSKP BREMEN
KOOPERATIONSSTELLE
KRIMINALPRÄVENTION

Geschäftsbericht

2008 - 2010

Grußwort des Senators für Inneres und Sport

Der Schutz vor Kriminalität und der Wunsch nach Sicherheit zählen zu den wichtigsten Grundbedürfnissen der Menschen in unserem Land. Die Polizei ist nur bedingt in der Lage, kriminalitätsbegünstigende Faktoren zu beseitigen, weil sie auf viele gesellschaftliche Bereiche wie Erziehung, Schule, Wohnsituation oder Freizeitgestaltung keinen direkten



Einfluss hat. Gefordert ist hier ein Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte und Einrichtungen und natürlich die Beteiligung des einzelnen Bürgers. Kriminalprävention ist aufgrund der vielfältigen Ursachen für Kriminalität eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert daher ein gemeinschaftliches Engagement verschiedenster Akteure. Ich unterstütze einen ressort- und behördenübergreifenden Ansatz mit aktiver Bürgerbeteiligung im Bereich der Kriminalprävention.

Zur Verwirklichung der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe wurde zu Beginn des Jahres 2008 in meinem Haus unter Beteiligung der Polizei Bremen, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung und des Instituts für Polizei- und Sicherheitsforschung die Kooperationsstelle Kriminalprävention eingerichtet, die sich vorwiegend für die Vernetzung der Akteure und den Ausbau der regionalen Strukturen der Kriminalprävention einsetzt.

Ich freue mich sehr den ersten Geschäftsbericht für die Jahre 2008 bis 2010 vorzulegen. Der Bericht gibt einen Überblick über die bereits umgesetzten Maßnahmen und Aktionen der Kooperationsstelle Kriminalprävention.

Ulrich Mäurer

Inhaltsübersicht

1	Historie	1
2	Konzept	2
2.1	Organisation	3
2.2	Ziel.....	3
3	Arbeitsschwerpunkte	4
3.1	Netzwerkarbeit.....	4
3.1.1	Regionale Vernetzung.....	4
3.1.2	Überregionale Vernetzung	7
3.1.3	Darstellung der regionalen Strukturen	8
3.1.4	Ausblick.....	9
3.2	Homepage.....	10
3.3	Jahrestagung 2009 <i>„Lokale Netzwerke der Kriminalprävention - Voraussetzungen für Entstehung, Entwicklung und Nachhaltigkeit“</i>	13
3.3.1	Tagungsthema	13
3.3.2	Tagungsbeiträge	16
3.4	Jahrestagung 2010 <i>„Sicherheit im Quartier – Sozialraumorientierte Handlungsansätze zur Förderung der Kommunalen Kriminalprävention“</i>	22
3.5	EU-Projekt: Lokaler Präventionsberater	30
4	Schlusswort	33
5	Anhang	35
5.1	Liste der Kooperationspartner	35
5.2	Liste der Projekte	37
5.3	Grafische Darstellung der lokalen Präventionsgremien.....	40

1 Historie

Eine im Jahr 2006 durch den Senator für Inneres und Sport durchgeführte Studie „Machbarkeit, Aufbau und Anforderungen an ein Organisationsmodell für einen Landespräventionsrat zur Kriminalprävention für das Land Bremen“ stellte vielen Akteuren und Partnern der Kriminalprävention in Bremen und Bremerhaven die Grundfrage, ob Bremen nach dem Vorbild anderer Bundesländer einen Landespräventionsrat benötigt und ob bzw. welche Defizite auf dem Gebiet der Kriminalprävention bestehen. Das Ergebnis: Eine deutliche Mehrheit der Befragten verneinte die Grundfrage und hob hervor, dass sich die Kriminalprävention regional ausrichten sollte und müsse. So entsprachen zwei bereits bestehende und gut funktionierende Präventionsräte in Bremen-Nord und Bremerhaven diesem Trend. Beide Gremien leisten insbesondere durch die Vernetzung verschiedenster öffentlicher und nicht öffentlicher Einrichtungen auf örtlicher Ebene einen wertvollen, vorbildhaften Beitrag zur Prävention – gerade auch im Bereich von Jugendkriminalität und –gewalt. Aber auch Defizite wurden bei der vorgenommenen Erhebung deutlich: Viele Präventionsakteure sahen Unterstützungsbedarf auf den Gebieten Vernetzung, Mitteleinwerbung, Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation und Fortbildung. Ferner erbaten sie Unterstützung bei der Bildung kommunaler Präventionsräte und/oder –gremien.

2 Konzept

Die Kooperationsstelle Kriminalprävention (KSKP) versteht sich als eine Kontakt- und Servicestelle mit der Aufgabe, ein transparentes Netzwerk aus Sicherheitspartnern des öffentlichen und privaten Sektors in und für Bremen aufzubauen, zu stärken und kriminalpräventive Arbeit sowie Präventionsräte und Sicherheitspartnerschaften auf lokaler Ebene zu unterstützen und zu fördern.

2.1 Organisation

In der Kooperationsstelle Kriminalprävention haben sich die Polizei Bremen, die Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen (HfÖV) das Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPOS) und das Innenressort zusammengeschlossen. Die Geschäftsführung liegt beim Senator für Inneres und Sport im Referat 31.

Die Mitglieder der Kooperationsstelle Kriminalprävention treffen sich 14-tägig zu Projektsitzungen, um die Entwicklung konzeptionell voranzutreiben.

2.2 Ziel

Die Kooperationsstelle Kriminalprävention soll insbesondere die Präventionslandschaft in Bremen stärken, sie weiterentwickeln und zu einem funktionierenden Netzwerk ausbauen. In die Vernetzung sollen alle Akteure, die auf dem Gebiet der Kriminalprävention tätig sind bzw. daran interessiert sind, einbezogen werden. Dazu gehören sowohl Einzelpersonen als auch öffentliche und private Institutionen und Einrichtungen. Zu erwähnen sind hier z. B. die Ortsämter und Beiräte, die Ressorts und Behörden wie Schulen, Jugend- und Sozialhilfeeinrichtungen und Polizeidienststellen, Vereine, Verbände, Kirchen und private Initiativen.

Die Kooperationsstelle Kriminalprävention soll gleichzeitig die Geschäftsstelle des so entstehenden Netzwerkes Kriminalprävention bilden. Die Ziele sind im Besonderen:

- Schaffung einer zentralen Ansprechstelle zum Thema Kriminalprävention.

- Aufbau eines zentralen Informations- und Kommunikationsforums für Fragen und Themen der ressortübergreifenden Kriminalprävention, das jedermann zugänglich ist.
- Akteure und Aktionen transparent machen und damit eine sinnvolle Vernetzung für einen Erfahrungsaustausch ermöglichen.
- Kriminalpräventive Arbeit auf allen Ebenen durch ein bedarfsorientiertes Serviceangebot fördern und unterstützen.
- Kommunale Kriminalprävention insbesondere auf lokaler Ebene initiieren bzw. verstärken und die Bildung von Präventionsräten begleiten und unterstützen.

3 Arbeitsschwerpunkte

Seit Einrichtung der Kooperationsstelle Kriminalprävention wurde bereits eine Vielzahl von Maßnahmen umgesetzt.

3.1 Netzwerkarbeit

Die Netzwerkarbeit der Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen begann im Februar 2008. Das Handlungsziel besteht u. a. in der Bildung und Vernetzung kriminalpräventiver Strukturen zur Förderung von Kooperation und eines Informations- und Erfahrungsaustausches mit einer Vielzahl von lokalen und überörtlichen Akteuren und Partnern.

3.1.1 Regionale Vernetzung

In einem ersten Schritt wurde ein Informationspapier mit einem eigens entworfenen Logo erarbeitet, das die Kooperationsstelle Kriminalprävention präsentiert, über Inhalte und Zielsetzungen Auskunft

gibt und Adressaten dafür wirbt, sich als Kooperationspartner der Kriminalprävention zur Verfügung zu stellen. Dieses von Herrn Senator Mäurer unterzeichnete Papier war in der Anfangsphase ein wichtiges Instrument bei der regionalen Kooperationsbildung und Vernetzung und wurde bei Gesprächen, Besuchen, Fachtagungen und Ausstellungen in viele Hände gegeben.

Erste Kontaktaufnahmen zu Behörden, Beiräten und Vereinen erfolgten anlässlich der Teilnahme von Beiratssitzungen in den Stadtteilen Horn, Oberneuland, Kattenturm, Schwachhausen und Vahr, bei präventionsratsähnlichen Sitzungen wie dem „Gesundheitstreffpunkt West“, bei Zusammenkünften der Präventionsräte Bremen-Nord und Bremerhaven sowie anlässlich des Besuchs von Tagungen und Ausstellungen.

Ab dem Frühjahr 2008 wurde mit allen Senatsressorts Kontakt aufgenommen, um die Kooperationsstelle bekannt zu machen und auch politisch zu verankern. Die Senatskanzlei, alle Senatsressorts und der Magistrat Bremerhaven wurden in einem durch Staatsrat Dr. Wewer unterzeichneten Schreiben informiert und gebeten, einen Ansprechpartner für den Bereich Kriminalprävention zu benennen. Nachdem der Rücklauf beendet war, erfolgten Kontaktgespräche mit dem betreffenden Personenkreis.

Im November 2008 lud Frau Staatsrätin Buse Vertreter der Ressorts zu einer ersten gemeinsamen Veranstaltung in das Haus Senator für Inneres und Sport ein, um die Anwesenden über den Umsetzungsstand beim Aufbau der Kooperationsstelle Kriminalprävention zu informieren. Sie hob die Bedeutung von Prävention als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe hervor und stellte die Bedeutung gemeinsamer Präventionsmaßnahmen heraus. Mögliche Inhalte einer künftigen gemeinsamen Zusammenarbeit wurden erörtert und dabei die hohe Bedeutung von Vernetzung bei der Präventionsarbeit besonders unterstrichen.

Ein zweites Treffen wurde mit allen Ressorts im Frühjahr 2009 vereinbart und im Juni 2009 durchgeführt. Hier gaben die Mitglieder der Projektgruppe einen Überblick über die zwischenzeitlich erfolgten Maßnahmen und Erfolge: Art und Anzahl der zwischenzeitlich gewonnenen Kooperationspartner und der erfassten Präventionsprojekte, die Anzahl der auf der Präventionsdatenbank PräviS vorgenommenen Einstellungen und der aktuelle Stand bei der Kontaktaufnahme zu regionalen Präventionsgremien in den Stadtteilen. Begleitend informierte Herr Bähr als Sozialwissenschaftler und Angehöriger des Instituts für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) über das Projekt eines „Lokalen Präventionsberaters“. Ferner wurden folgende aktuelle Fragen und Themen erörtert:

- Präventionsprojekt „Künstliche DNA“ der Polizei Bremen
- Beratungskompass Bremen
- 14. Deutscher Präventionstag in Hannover
- Einwerbungsmöglichkeiten von Drittmitteln.

Ein Hauptakteur der örtlichen Kriminalprävention ist seit jeher die Polizei Bremen, mit der seit Bestehen der Kooperationsstelle Kriminalprävention ein enger Austausch erfolgt – nicht nur durch die regelmäßige Einbindung der Kooperationsstelle Kriminalprävention in die Steuerungsrunde Kriminalprävention und der Teilnahme an ihren Sitzungen: Zwei Treffen mit der Polizeiführung im Dezember 2008 und im September 2009 wurden im Hause Senator für Inneres und Sport arrangiert und durchgeführt. Dabei wurde in Anwesenheit von Frau Staatsrätin Buse die prägende Mitwirkung der Polizei als Akteur der Kriminalprävention besonders heraus gestellt. Der politische Wunsch besteht, dass die Polizei diese Rolle weiterhin ausfüllt und die Bildung lokaler Präventionsgremien in den Stadtteilen initiiert und/oder unterstützt. Dabei hat die Übernahme von Verantwortung, wie sie sich bei der Geschäftsführung in den Präventionsräten Bremen-Nord und Bremerhaven zeigt, Vorbildcharakter.

3.1.2 Überregionale Vernetzung

Die überregionale Vernetzung wurde zu einem frühen Zeitpunkt mit der Verbindungsaufnahme zum Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) eingeleitet. Das Deutsche Forum für Kriminalprävention ist die Dachorganisation auf Bundesebene. Es bildet die Plattform für eine bundesweite Vernetzung der Landespräventionsgremien.

Die regelmäßige Teilnahme an den Geschäftsführertagungen der Landespräventionsgremien in den Jahren 2007 bis 2009 boten hervorragende Kontakt- und Kooperationsmöglichkeiten über die Landesgrenze hinaus und ermöglichten Kenntnis und Einblick in die Präventionsarbeit anderer Bundesländer. Die Kooperationsstelle Kriminalprävention ist zwischenzeitlich ständiges Mitglied dieses Gremiums.

Darüber hinaus ist Bremen seit November 2009 offiziell Mitglied im Städtenetzwerk Kriminalprävention. Partner des Städtenetzwerkes Kriminalprävention sind Augsburg, Bonn, Chemnitz, Düsseldorf, Erfurt, Frankfurt a. M., Gelsenkirchen, Hannover, Koblenz, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen, Offenbach, Potsdam, Stuttgart, Wiesbaden und das Deutsche Forum für Kriminalprävention.

Seine Mitglieder treffen sich jährlich ein- bis zweimal, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen.

In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: *„Aus den Präventionsprojekten anderer zu lernen und deren Erfahrungen zu nutzen, Ressourcen wirtschaftlich einzusetzen, gemeinsame Probleme zu analysieren, Lösungen zu entwickeln, diese zügig und mit möglichst hoher Erfolgsgarantie umzusetzen, das sind die Ziele eines Städtenetzwerkes.“* Die Partner informieren sich gegenseitig über neu entstehende

Kriminalitätsbelastungen bzw. das Sicherheitsgefühl beeinflussende Trends im Sinne eines Frühwarnsystems.

Der Besuch von Fachkongressen bot weitere Gelegenheiten für einen fachbezogenen Austausch und Aufbau von überregionalen Kontakten und Kooperationen. .

Der Entwicklung von Kontakten zu Präventionsgremien der Umlandgemeinden wurde eine besondere Bedeutung beigemessen. Treffen fanden sowohl beim Landespräventionsrat Niedersachsen in Hannover als auch beim Präventionsrat in Oldenburg statt – mit dem Ergebnis, dass in beiden Fällen eine enge Kooperation und Zusammenarbeit besteht und gepflegt wird. Auch der Aufbau von Kontakten zum Präventionsrat Ritterhude und dem Kriminalpräventiven Rat in Delmenhorst sollen Erwähnung finden.

3.1.3 Darstellung der regionalen Strukturen

Die Vielfalt der vorhandenen Netzwerke, die sich in Bremen und Bremerhaven mit kriminalpräventiven Themen auseinandersetzen, ist erfreulich. Es beschäftigen sich nicht nur staatliche Gremien mit Kriminalprävention, sondern auch viele Nichtregierungsorganisationen.

Beispielhaft und nicht abschließend werden hierunter etwa folgende Gremien genannt:

Ressort- und stadtteilübergreifende Arbeitsgruppen:

- Bekämpfung der Schwarzarbeit
- Antikorruptionsrat (AKR)
- Koordinierungsausschuss Drogen
- AG gegen Menschenhandel
- AG Frauenhandel der Bremischen Ev. Kirche (BEK)
- Lenkungsgruppe Schule, Polizei, Jugendhilfe, Justiz

- AG Häusliche Gewalt
- AG Stadtmonitoring
- AG Täter-Opfer-Ausgleich
- Wohnen in Nachbarschaften (ressortübergreifende Arbeitsgruppe)

Präventionsgremien (mit polizeilicher Beteiligung):

Bremen:

- Nord Präventionsrat Bremen Nord
- West Präventionsrat Bremen West
Präventionskerngruppe
- Mitte Lenkungsausschuss Prävention
- Süd Koordinierungskreis Süd
(Links der Weser)
- Ost Koordinierungskreis Ost I
(Schwachhausen, Vahr, Oberneuland, Borgfeld,
Horn-Lehe)
Koordinierungskreis Ost II
(Hemelingen, Osterholz)

Bremerhaven:

- Präventionsrat Bremerhaven

Darüber hinaus beschäftigen sich eine Vielzahl von Projektgruppen und Gremien mit kriminalpräventiven Themen. Eine Gesamtschau aller gewonnenen Kooperationspartner ist der Anlage 1 zu entnehmen.

3.1.4 Ausblick

Die Netzwerkarbeit in der Kooperationsstelle Kriminalprävention steht nicht still. Ziel ist, die Aktivitäten fortzusetzen, weitere Kooperationen aufzubauen und den Austausch zu pflegen und zu vertiefen

- zum Wohle der Kriminalprävention und der Vielzahl ihrer Akteure und Partner getreu dem Grundsatz, dass sich Vernetzung auch auf dem Gebiet der Kriminalprävention als ein überaus wichtiges Instrument darstellt.

3.2 Homepage

Im Rahmen der Einrichtung der Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen erfolgte auch der Aufbau eines Internetauftritts. Dieser wurde für die Kooperationsstelle nach einem von allen drei Kooperationspartnern entwickelten Anforderungsprofil durch das Institut für Polizei und Sicherheitsforschung konzipiert und umgesetzt.

Zu erreichen ist die Homepage der Kooperationsstelle Kriminalprävention unter „www.kriminalpraevention.bremen.de“.

Die eingestellten Informationen umfassen jeweils die ausführliche Darstellung von Präventionsprojekten im Land Bremen, Tipps zur Vorbeugung, sowie Hinweise auf weitere Informationen sowohl im Internet, als auch in den Falt- und Merkblättern und sonstigen Medien im Programm der „Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“.

Der Webauftritt der Kooperationsstelle Kriminalprävention dient in der vielfältigen Vermittlung von Informationen über kriminalpräventive Themen, Projekte und Akteure im Land Bremen.

Er bildet die zentrale Plattform für die Vernetzung bestehender und neuer kriminalpräventiver Strukturen sowie für die Kommunikation dieser untereinander.

Als eine besondere inhaltliche Weiterentwicklung der Homepage der Kooperationsstelle Kriminalprävention war im Jahr 2009 die Aufnahme des „Beratungskompass Bremen für das Handlungsfeld gefährdete Kinder und Jugendliche“ in das Onlineangebot zu nennen.

Der Beratungskompass beinhaltet sowohl thematisch wie regional untergliedert Informationen zu rund 100 Einrichtungen und Projekten im Land Bremen, die sich im Rahmen ihrer Arbeit mit dem Thema beschäftigen.

Für die Entwicklung des Internetauftritts der Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen war es zunächst von besonderer Bedeutung, sowohl die inhaltlich thematischen Aufgaben und Ziele der Kooperationsstelle, als auch die derzeitigen kriminalpräventiven Strukturen im Land Bremen abzubilden.

Nach der „Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 17. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2007 – 2011“ ist es eine zentrale Aufgabe der KSKP, *„[...] die Arbeit der bestehenden Präventionsräte in den Stadtteilen Bremens zu unterstützen und bei der Gründung weiterer Präventionsräte in den Stadtteilen Unterstützung zu leisten“*.

Die Webseite *„www.kriminalpraevention.bremen.de“* spielt für diesen Prozess eine besonders wichtige Rolle.

Aus diesen Aufgabenstellungen heraus, ergeben sich mehrere zentrale Punkte für den Ausbau und die Weiterentwicklung der Webseite der Kooperationsstelle Kriminalprävention.

Neue und sich in Entwicklungsprozessen ändernde kriminalpräventive Strukturen im Land Bremen werden auf der Internetpräsenz der Kooperationsstelle Kriminalprävention ihre Entsprechung finden. Dies bedeutet, dass neben der reinen Pflege bestehender Inhalte, stetig neu hinzukommende mit aufgenommen werden müssen.

Für das Webangebot der Kooperationsstelle Kriminalprävention kommen hier für die Zukunft vor allem vier Entwicklungen in Betracht:

- Aufbau eines umfangreichen Veranstaltungskalenders, welcher es ermöglicht, komfortabel eine größere Anzahl an Terminhinweisen sowohl zu verwalten und zur Verfügung zu stellen, als auch übersichtlich lesen zu können.
- Einbindung von multimedialen Informationsangeboten, wie beispielsweise kurze Filmbeiträge zu einzelnen kriminalpräventiven Projekten.
- Konzeption und Verwaltung eines Newsletters, um die Funktion der KSKP als Informationsstelle zu unterstützen.
- Einrichtung eines RSS-Feeds, welche von Internetusern in der Art eines Newstickers „abonniert“ werden können.
- Aufbau einer webbasierten Datenbank zur komfortablen Recherche kriminalpräventiver Projekte.

Ergänzend zu den inhaltlichen und technischen Entwicklungen der Internetpräsenz der KSKP spielt auch die optische Weiterentwicklung eine besondere Rolle.

Als Ausblick für den Webauftritt der Kooperationsstelle Kriminalprävention bedeutet dieses konkret die Einarbeitung von grafischen Elementen. Ein Großteil der angebotenen Inhalte besteht aus redaktionell aufgearbeiteten Daten und Informationen über kriminalpräventiv tätige Akteure im Land Bremen, Partnern, die diese Präventionsarbeit in vielfältiger Weise unterstützen sowie über eine Vielzahl von Präventionsprojekten.

Die Logos dieser Akteure, Partner und Projekte sollen in Zukunft auch verstärkt auf der Internetpräsenz der Kooperationsstelle Kriminalprävention mit eingebunden werden.

Auch Abbildungen können zukünftig die textlichen Informationen auf der Homepage der Kooperationsstelle Kriminalprävention ergänzen. Zu denken ist dabei vor allem an Bilder einzelner Präventionsprojek-

ten, da auf diese Weise deren Arbeit zusätzlich veranschaulicht werden kann.

3.3 Jahrestagung 2009 „Lokale Netzwerke der Kriminalprävention – Voraussetzungen für Entstehung, Entwicklung und Nachhaltigkeit“

3.3.1 Tagungsthema

Vernetzung ist für die Arbeit der Kooperationsstelle Kriminalprävention von ganz zentraler Bedeutung. Im Rahmen dieser Bemühungen befasste sich die Jahrestagung der Kooperationsstelle Kriminalprävention in Bremen im November 2009 im Haus der Bremischen Bürgerschaft mit Voraussetzungen für Entstehung, Entwicklung und Nachhaltigkeit lokaler Netzwerke der Kriminalprävention. Die Tagung wollte insbesondere einen Beitrag leisten, regionale kriminalpräventive Strukturen im Land Bremen anzuregen, zu initiieren und auszubauen.

Anhand praktischer Belange aus den Stadtbezirken und den Stadt- und Ortsteilen standen Fragen im Vordergrund, welche Faktoren für eine vernetzte Arbeit im Bereich der Kriminalprävention von besonderer Bedeutung sind. Es ging vor allem um die Frage nach den gelingenden Bedingungen von Netzwerkkoperationen.

Sechs Aspekte sollten der Tagung vor allem als Orientierungsrichtung dienen:

- Aufgrund welcher lokalen Situation sind vernetzte Strukturen entstanden bzw. können sie entstehen?
- Welches sind die entscheidenden Parameter und Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung vernetzter kriminalpräventiver Arbeit?

- Wie gestaltet sich die praktische Arbeit in einem kriminalpräventiven Netzwerk?
- Welches sind die wichtigsten Perspektiven für eine kontinuierliche und nachhaltige vernetzte Kriminalprävention?
- Gibt es konkrete gemeinsame Ziele aller kriminalpräventiv tätigen Akteure in einer Region? Wie werden diese gegebenenfalls gemeinschaftlich zum Ausdruck gebracht und wie wird an ihrer Erreichung gearbeitet?
- Bedarf es zudem für die kriminalpräventive Arbeit in Netzwerkstrukturen einer übergeordneten Organisation und Steuerung?

Die Tagung widmete sich der Netzwerkthematik vor allem deshalb, weil viele Anzeichen darauf hindeuten, dass das Netzwerkkonzept seit geraumer Zeit eine besonders prägnante Entwicklung gesellschaftlicher Veränderung widerspiegelt. Mit diesem Thema und den aufgeworfenen Fragen knüpfte die Tagung an ein gewissermaßen übergeordnetes Steuerungsphänomen- und Problem an, was gemeinhin als Governance bezeichnet wird.

Unter Governance ist zu verstehen, „[...] die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontrovers oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse liegend angesehen werden“ (Arthur Benz. Eine Einführung. In: Arthur Benz (Hrsg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. 2004, S. 17).

Mit der Governance-Problematik wird also der wichtigen Frage einer Steuerung auf der Ebene einer Netzwerkkooperation nachgegangen.

Die Governance-Vorstellung soll die Art und Weise beschreiben, in der Aufgaben und Probleme gemeinsam behandelt werden. Gemeint ist ein besonderer Umgang mit den Arbeitsbereichen, ein Problemlösen in Beziehungen und Netzwerken. Dazu gehört, dass viele Herausforderungen auch als gesamtgesellschaftliche Aufgaben wahrgenommen werden. Auch oder gerade das Thema der Kriminalprävention gehört dazu.

Dies gilt umso mehr, als man sieht, dass komplexe Aufgabengebiete zunehmend Kompetenzgrenzen überschreiten und hierarchische Regelungen erfolglos bleiben. Die Zunahme von Interdependenzen auf Grund der stetigen Ausdifferenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme erfordert grenzübergreifende Interaktionen und Kooperationen zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren. Die Handlungsspielräume für regulative Politik sind mit der zunehmenden Komplexität und Vielfalt der Problemfelder nicht mit gewachsen. Es geht deshalb um eine schrittweise Abkehr von der ehemals hierarchischen Steuerung durch die Verwaltungsinstitutionen hin zu einem Einbezug der Bürger, also eine Abkehr von Lösungsversuchen, die allein durch den Staat oder eine Hierarchie verantwortet werden.

Stattdessen wird der Staat einer von mehreren Beteiligten innerhalb einer netzwerkartigen Problemlösungsstrategie. Governance bedeutet deshalb einen Perspektivwechsel auf die Sicht der Akteure, die im Sinne einer Problemlösung ihr Handeln aufeinander abstimmen.

Eine Handlungsabstimmung beinhaltet jedoch auch die Anerkennung anderer Sichtweisen und schließt Verhaltensänderungen und Lernprozesse ein.

Verantwortungsteilung und Bürgeraktivierung haben aber zum Ziel, die Bürger in eine stärkere Kooperation einzubinden. Deshalb hat auch regulative Politik, die nach dem hierarchischen Befehlsmodell nur mit Geboten, Verboten und Strafandrohung arbeitet, wenig Perspektive. Regulative Normierung kann prinzipiell kein Verhalten mo-

tivieren, bei dem es auf Eigeninitiative, Innovation und Engagement des Bürgers und der Beteiligten ankommt, und stößt in einer Zeit wachsender Ansprüche auf Selbstbestimmung zunehmend auf Widerstand bei den Adressaten.

Infolgedessen setzt man auf alternative Steuerungsinstrumente, vor allem auf positive und negative finanzielle Anreize und auf die Wirkung von Informationen und Überzeugung. Mit dieser Veränderung vollzieht sich der Wandel vom regulierenden zum kooperierenden Staat, von der politischen Steuerung einerseits zu Governance andererseits. Dazu wollte die Tagung durch verschiedene Vorträge und Diskussionen beitragen, die im Folgenden zusammengefasst werden.

3.3.2 Tagungsbeiträge

Prof. Dr. Dr. Herbert Schubert von der Fachhochschule Köln referierte zum Thema „Defensible Networks: Erfolgsfaktoren präventiver Netzwerke im Stadtteil“.

Der Beitrag knüpft an das kriminalpräventive Konzept der 'Defensible Spaces' von Oscar Newman an, bei dem die territoriale Zonierung der städtischen Räume die Verantwortung der Bewohnerschaft für das Wohnumfeld sicherheitsfördernd steigert, für Fremde Barrieren schafft und eine natürliche soziale Kontrolle anregt. Dieses Prinzip kann vom Raum auf die Bevölkerung übertragen werden: Kriminalprävention kann im Stadtteil nicht ohne eine Einbettung in handlungsfähige Netzwerke umgesetzt werden.

Als 'Defensible Networks' werden Handlungsnetzwerke verstanden, die sich konsequent für die Sicherheitslage im Stadtteil engagieren und damit eine Rahmenbedingung für Kriminalität vorbeugende Strukturen bilden. Im Vortrag wird herausgearbeitet, wie 'Defensible Networks', die eine nachhaltige Wirkung auf die Reduzierung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht im sozialen Nahraum erzielen

sollen, zu gestalten sind. Dabei soll auch der Frage nachgegangen werden, mit welchen Instrumenten solche sozialräumlichen Beziehungssysteme unterstützt werden können. In den Blick genommen wird sowohl aus einer 'bottom-up'- als auch aus einer 'top-down'-Perspektive das Zusammenwirken der Governance-Strukturen von der Landesebene über die kommunale Ebene bis in den Stadtteil hinein.

Frank Goldberg, Geschäftsführer des Präventionsrates der Stadt Frankfurt am Main, berichtete über „Vernetzte Stadtteilprävention am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main“.

Gewalt und Kriminalität haben häufig einen örtlichen Bezug und örtliche Ursachen. Um Kriminalität frühzeitig und wirkungsvoll bekämpfen zu können, ist es wichtig, den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu nutzen und sie in die Organisationsstruktur der Kriminalitätsbekämpfung einzubeziehen.

Der Vortrag zeigt die kriminalpräventive Vernetzungsstruktur der Stadt Frankfurt a. M., die von den Behördenspitzen bis in den Stadtteil greift und verdeutlicht notwendige Rahmenbedingungen, die für die Praxis unabdingbar sind. Praktische Beispiele aus der Arbeit der regionalen Präventionsräte (Regionalräte) zeigen das vielseitige und breite Spektrum lokaler Präventionsarbeit auf.

Uwe Hoffmann, Referatsleiter beim Senator für Inneres und Sport im Lande Bremen und hier unter anderem für das Thema ressortübergreifende Prävention zuständig, stellte die „Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen“ vor.

Die Bereitschaft, sich in Netzwerken zu engagieren ist in Bremen groß. Vielfältige Präventionsinitiativen bezeugen dies. Der Erfolg ist hierbei oft von verschiedenen Faktoren abhängig wie z. B. dem Grad der Vernetzung, den verfügbaren Ressourcen, einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit, der Evaluation von durchgeführten Maßnah-

men und nicht zuletzt von der Qualifizierung der Akteure. Umfragen auf diesem Gebiet zeigen, dass es hier durchaus einen Unterstützungsbedarf gibt.

Der Senator für Inneres und Sport entschied daraufhin im Herbst 2007 die „Kooperationsstelle für Kriminalprävention“ (Kooperationsstelle Kriminalprävention) unter Beteiligung der Polizei Bremen, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen (HfÖV) und des Instituts für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) einzurichten. Die Kooperationsstelle Kriminalprävention im Referat 31 beim Senator für Inneres und Sport soll als zentrale Ansprechstelle für das Thema Kriminalprävention dienen, Transparenz hinsichtlich der Akteure und ihrer Aktionen schaffen, ein bedarfsorientiertes Serviceangebot entwickeln und insbesondere die Präventionslandschaft auf lokaler Ebene stärken, sie weiterentwickeln und zu einem funktionierenden Netzwerk ausbauen. Der Vortrag stellt die bisherige Arbeit der Kooperationsstelle Kriminalprävention dar.

Dirk Fasse, Leiter der Schutzpolizei Bremen, erörterte die „Steuerung der polizeilichen Kriminalprävention“.

Polizeiliche Präventionsarbeit bedarf strategischer Betrachtung und unterliegt wie jede andere Polizeiaufgabe auch der Ressourcensteuerung. Die Abläufe in der Präventionsarbeit der Polizei sind festzulegen. Im Jahr 2005 hat die Polizei Bremen im Rahmen der Reform der Abläufe in der Kriminalitätsbekämpfung auch den o. a. Bedingungen Rechnung getragen und eine strategische Einordnung der Präventionsarbeit der Polizei Bremen begonnen. Das Referat zeigt die im Laufe dieser Reformarbeit entwickelten und festgelegten Grundsätze für die Steuerung der Präventionsarbeit auf.

Alexander Bähr, Sozialwissenschaftler und Mitarbeiter am Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen, stellte das Projekt „Lokaler Präventionsberater“ vor.

Der gesamtgesellschaftliche Anspruch an Kriminalprävention kann nur durch eine erfolgreiche lokale und regionale kriminalpräventive Arbeit erfüllt werden. Hierfür ist die Vernetzung und Professionalisierung aller relevanten Akteure notwendig. Um den schon bestehenden lokalen Gremien Unterstützung anbieten zu können, wurde von der Kooperationsstelle Kriminalprävention das Projekt „Lokaler Präventionsberater“ konzipiert. Im Rahmen des Projektes sollen primär lokale Problemlagen gemeinschaftlich gelöst werden, um dadurch die Professionalisierung kriminalpräventiven Wirkens weiter voranzutreiben. Der Referent stellt Entwicklung, Ziele und die geplante Umsetzung vor.

Renate Siegel, Referentin für soziale Stadtentwicklung bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales in Bremen, berichtete über das „Kommunale Handlungsprogramm ‚Wohnen in Nachbarschaften‘ (WiN)“.

Vorgestellt werden Bedingungen, Grenzen und Wirkungen des seit 10 Jahren eingesetzten kommunalen Bremer Programms „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN). Das sozialraumbezogene Programm "WiN" wird in Stadtgebieten mit besonderen Entwicklungsbedarfen, gemeinsam mit dem Bund - Länderprogramm "Soziale Stadt" eingesetzt. Diese Gebiete sind i. d. R. durch sich überlagernde unter- oder überdurchschnittliche Bevölkerungs- und Lebenslagemerkmale sowie negative Quartiersentwicklungen gekennzeichnet. Kerninstrumente des Programms sind: ein verfügbares Budget, direkte Bürgerbeteiligung, Akteursvernetzung, Quartiersmanagement, ein öffentliches Forum.

Grundlage der gemeinsamen Entwicklung von Projekten vor Ort sind integrierte Entwicklungskonzepte. Zentrale Bedeutung für die Beteiligung von Bewohner/innen, den Aufbau von Akteursnetzen und Kooperationsbeziehungen hat das Quartiersmanagement, bei dem alle

Fäden zusammenlaufen und das dadurch in der Lage ist, Kommunikationsflüsse und Meinungsbildungsprozesse zu initiieren.

Dr. Rainer Hoffmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) an der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen, referierte über „Kriminalprävention durch kooperative Netzwerksteuerung“.

Kriminalprävention wird in der Zuständigkeitsverteilung immer wieder als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe angesehen. Sie unterliegt damit einer noch größeren Steuerungskomplexität als Vorhaben und Vorgänge, die einer Alleinzuständigkeit unterliegen. Wie lässt sich dennoch ein solches komplexes Anliegen steuern? Welche Potentiale aber auch Probleme bringt unter dieser gesamtgesellschaftlichen Verantwortungsprämisse eine überressortierte Steuerung mit sich?

Wir können davon ausgehen, dass Netzwerken unter diesen Umständen von einer Steuerungsform ausgehen muss, die vor allem auf eine kooperative Form der Zusammenarbeit abstellt. Dieser Steuerungsmodus ist allerdings - im Gegensatz zur Markt- und Hierarchiesteuerung - stärker auf kommunikative Absprachen und Abstimmungen angewiesen. Hierin liegt die besondere Herausforderung.

Welche Elemente eine solche Netzwerkkooperation zwar chancenreich, dennoch aber auch nicht minder störanfällig machen, sollen in dem Beitrag verdeutlicht werden.

Volker Ortgies, Leiter des Stabsbereichs 1 der Ortspolizeibehörde Bremerhaven erläuterte „Entstehung und Entfaltung des Präventionsrates der Stadt Bremerhaven“.

Aufgrund welcher regionalen Situation können Strukturen kriminalpräventiver Arbeit entstehen und welches sind die entscheidenden Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung? Eine - wenn auch

nicht allgemeingültige - Beantwortung dieser Fragen soll anhand der Vorstellung des Präventionsrates der Stadt Bremerhaven erfolgen. Ausgangspunkt für die Entstehung des Präventionsrates waren informelle Kontakte zwischen Verantwortlichen der Bereiche Justiz, Schule und Polizei. Aus einer hieraus initiierten Diskussionsrunde konstituierte sich der Präventionsrat im Jahr 1992, der seitdem sukzessive um die Mitgliedschaft weiterer Träger und Institutionen ergänzt wird.

Uwe Schröter, Initiator, Gründungsmitglied und Sprecher des Präventionsrates Bremen-Nord berichtete über „Kommunale Netzwerke am Beispiel des Präventionsrates Bremen-Nord“ vor.

Vorgestellt werden Bedingungen, Voraussetzungen und Vorleistungen am Beispiel des Präventionsrats Bremen-Nord („Von der Idee bis zur Gründung“), die Zielbestimmung, inhaltliche Ausrichtung, Gewinnung potentieller Akteure sowie sonstige wesentliche Erfolgsfaktoren für einen gelungenen Start („Wer sollte mitmachen und welche Fehler vermieden werden können...“), Erfahrungen zu gewählten Strukturen und Abläufen („Vom Arbeitskreis zum Umsetzungsprojekt“), Informationen zur Bildung von regionalen „Netzwerk-Netzwerken“ („als Gleichgesinnte voneinander lernen“) sowie abschließend ein kritisches Kurzfazit: Wo stehen wir nach 4 Jahren?

Andrea Müller, pädagogischer Mitarbeiter in der Jugendbildungsstätte LidiceHaus in Bremen, beschäftigte sich in seinem Vortrag mit „Professionelle Rechtsextremismusbekämpfung in einer Kommune“.

Professionelle Rechtsextremismusbekämpfung in einer Kommune ist das Handeln der einzelnen Akteure - in präventiven wie in interventionsbezogenen Arbeitsfeldern - und das abgestimmte Zusammenwirken in einem Netzwerk der Beteiligten aus Kommune und Zivilgesellschaft. Das ist die Vision: Aber welche Instrumente können in einer Kommune dazu beitragen, über das wichtige Engagement der

Einzelnen Bedarfe zu lokalisieren und gemeinsam Handlungsanforderungen zu entwickeln und praktisch umzusetzen? Der Referent geht dieser Frage nach, auch vor dem Hintergrund seiner koordinierenden Tätigkeit für den Bremer Aktionsplan gegen Rechtsextremismus "Vielfalt Bremen", in dem Einzelvorhaben finanzielle Unterstützung finden können und in dessen Netzwerk Projekte zu Erfahrungsaustausch, gemeinsamer Lagebildeinschätzung zusammengeführt werden.

3.4 Jahrestagung 2010 „Sicherheit im Quartier – Sozialraumorientierte Handlungsansätze zur Förderung der Kommunalen Kriminalprävention“

In der Kommunalen Kriminalprävention werden immer wieder Zusammenhänge zwischen städtebaulichen Strukturen und deren Auswirkungen auf die Kriminalitätsbelastung, -entwicklung und -vorbeugung diskutiert. Welche Sicherheit fördernde bzw. hindernde Aspekte in der Stadtplanung und in der Wohnungsbewirtschaftung sind mit Blick auf mehr Vorbeugung relevant? Dazu im Folgenden in der Reihenfolge der Tagungsbeiträge einige zusammenfassende Ergebnisse.

Im Eingangsreferat von **Herrn Prof. Dr. Jürgen Friedrichs (Universität Köln)** mit dem Titel „Die soziale und ethnische Segregation in Bremen im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten“ wurde zunächst deutlich darauf hingewiesen, dass es hinsichtlich der ethnischen Segregation eine hohe Korrelation zwischen Ausländeranteil, Arbeitslosenquote und Sozialhilfeempfängerquote gibt. Aus dieser Erkenntnis lassen sich auch präventive Maßnahmen ableiten.

Generell wurde dabei die Frage der Kontexteffekte aufgeworfen: Machen Armutsgebiete die Armen (noch) ärmer?

Die steigende Verarmung in Wohngebieten lässt sich vor allem durch drei Hypothesen erklären:

1. selektive Fortzüge: Die relativ Bessergestellten ziehen aus;
2. selektive Zuzüge: statusniedrige Personen ziehen ein oder werden durch das Wohnungsamt in Sozialwohnungen eingewiesen;
3. eine stetig zunehmende und überdurchschnittliche starke Verarmung der Bewohner findet generell in benachteiligten Wohngebieten statt.

Aus diesen Gründen wurde weiter danach gefragt: Warum bleiben arme Gebiete arm? Mögliche Erklärungen hierfür könnten sein:

1. Die von Armut gefährdeten Personen und Haushalte werden arm;
2. Armut wird vererbt;
3. Es fehlen positive Rollenvorbilder im Wohngebiet;
4. Resignation und gefühlte oder wahrgenommene Isolation der armen Bewohner/innen breitet sich aus.

Hieraus ergeben sich nun für präventive Vorhaben folgende Überlegungen:

Es können Maßnahmen hinsichtlich des „Gebietes“ oder der „Personen“ getroffen werden. Gebietsmaßnahmen wären:

1. Das Stadtteil-Monitoring;
2. Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“;
3. Die Förderung von Wohneigentum;
4. Der Abbau vom negativen Image eines Gebietes.

Maßnahmen mit Blick auf die Person wären:

1. Soziale Maßnahmen, u. a. Sprache, berufliche Qualifikation, Gesundheit;
2. Kooperationen mit Verbänden;

3. Bürgerbeteiligung.

Das Referat von **Ulrich Goritzka (Polizei Bremen)** „Die Kriminalitätsbelastung und –entwicklung in Bremer Quartieren vor dem Hintergrund der sozialräumlichen Bedingungen“ ging insbesondere auf das Stadtmonitoring ein.

Im ressortübergreifenden Projekt Stadtmonitoring in der Stadt Bremen werden ausgewählte Daten der Polizei, des Statistischen Landesamtes, der Senatorinnen für Bildung und Soziales sowie des Gesundheitsamtes zusammen geführt. (Daten mit Blick auf Fragestellungen zur: demografischen Situation, sozialen Lage, Bildung, Mobilität, Sicherheit, Kriminalität, Sicherheitsgefühl, Notrufaufkommen)

Unter der Überschrift „Daten für Taten“ wird daraus ein Indikatorenset entwickelt. Die Visualisierung erfolgt mit Hilfe von digitalen und geografischen Informationssystemen, um so – wenig tabellenlastig – benachteiligte Quartiere und andere „Vermutungsgebiete sozialer und demografischer Problemlagen“ identifizieren zu können und eine effektivere Ressourcen- und Programmsteuerung zu ermöglichen. Hieraus ergibt sich insbesondere der Vorteil, eine Visualisierung mit Blick auf Geometriedaten zum Baublock, Ortsteil, Stadtteil und dem Polizeirevier erhalten zu können.

Dr. Olaf Schnur (Universität Potsdam) stellte in seinem Beitrag „Konzepte, Zugänge und Potentiale der Quartiersforschung“ heraus. Im Mittelpunkt des Referates stand die Frage, welche theoretischen und praktischen Zugänge man sich überhaupt vorstellen kann, will man sich kriminalpräventiv mit dem Thema Quartier beschäftigen. Acht mögliche Zugangs- und Denkweisen sollen Anregungen für Präventionsperspektiven bieten:

1. Zugangs- und Denkweise: Sozialökologie

Quartiere werden hier als quasi-natürliche Gebilde gesehen, die aufgrund sozioökonomischer Absonderungsprozesse entstehen.

Die Präventionsperspektive wäre: Das Konzept der „social disorder“ und der „signs of incivility“ stehen hierbei im Vordergrund. Ferner ist das prozessuale Verständnis von Auf- und Abwertungsspiralen (Gentrification) in Quartieren relevant.

2. Zugangs- und Denkweise: Neoklassische Ökonomie

Die Idee ist, dass sich zwischen benachbarten sozioökonomisch stark differierenden Quartieren Submärkte und Ausgleichsbewegungen vollziehen.

Die Präventionsperspektive wäre: Hier bietet sich ein tieferes Verständnis von Umzugsbewegungen und marktgesteuerten sozialen Umschichtungen an.

3. Zugangs- und Denkweise: Demographie

Hier nähert man sich dem Quartier über eine Verknüpfung der Wohn- mit der demographischen Forschung.

Die Präventionsperspektive wäre: Vorbeugend können Ansprüche unterschiedlicher demographischer Gruppen an das Quartier erhoben werden. Zudem kann ein größeres Verständnis der erwartbaren Entwicklungsverläufe mit Blick auf die Ausbildung demographisch homogener Quartiere gewonnen werden.

4. Zugangs- und Denkweise: Soziographie

Das Quartier ist als pars pro toto für die Gesellschaft zu verstehen.

Die Präventionsperspektive wäre: Da eine ganzheitliche Betrachtungsweise versucht das Quartier abzubilden, ist von umfassenden Erkenntnissen über ein Quartier auszugehen. Vorbeugend betreibt man deshalb eher intensive Fallstudien anstatt extensiver Statistik.

5. Zugangs- und Denkweise: Nachbarschaftsforschung

Das Quartier soll aus der Wahrnehmungen und Perspektive unterschiedlicher sozialer, demographischer, ethnischer Gruppen beobachtet werden.

Die Präventionsperspektive wäre: Erhebungen und Analysen zu Unsicherheitsgefühlen und die Identifikation von angstbesetzten Hot Spots stehen hier im Vordergrund.

6. Zugangs- und Denkweise: Governance-Forschung

Das Quartier wird untersucht mit Blick auf netzwerk- und kooperationsbasierte Ansätze.

Die Präventionsperspektive wäre: Vorbeugend lassen sich hier Erkenntnisse über Netzwerke in Quartieren, über Schlüsselpersonen und über reziproke Nachbarschaftsstrukturen gewinnen.

7. Zugangs- und Denkweise: Neomarxistische Forschungsansätze

Dieser Zugang soll den Blick auf eine sozialräumliche Ausgrenzung von Minderheiten schärfen.

Die Präventionsperspektive wäre: Zentral für die Vorbeugung ist hier das Nachdenken über die ‚Produktion‘ gefährlicher Orte.

8. Zugangs- und Denkweise: Poststrukturalistische Ansätze

Inwieweit Menschen noch in einer lokalen Lebenswelt verortbar sind, steht bei diesem Zugang im Mittelpunkt.

Die Präventionsperspektive wäre: Insbesondere gilt es bei dieser Präventionsperspektive die polizeiliche Kartographie zu hinterfragen.

Überdenkt man insgesamt die Zugänge, Denkweisen und Präventionsperspektiven mit Blick auf ein Quartier ergeben sich vor allem für die praktisch präventive Bekämpfung von Kriminalität in erster Linie Maßnahmen, die mehr auf Empowerment und Ausgleich abstellen und nicht eine Fokussierung auf stärkere Überwachung und Kontrollmaßnahmen fördern.

Der Beitrag von **Joachim Barloschky (Quartiersmanager Bremen-Tenever)** „Nicht nur da, wo Prävention drauf steht, ist auch Prävention drin – Mit städtebaulicher Entwicklung, Bildung und sozi-

alen und kulturellen Projekten sowie Netzwerken das nachbarschaftliche Leben gestalten“ geht folgender Absicht nach:

Hinsichtlich der Stadtteilentwicklung, des Quartiersmanagements und der Netzwerke bedarf es stetig der Förderung von Beteiligungsstrukturen, die es nicht nur erlauben, Unmut und Unzufriedenheit zu artikulieren, sondern auch Vorstellungen und Vorschläge einzubringen. Diesen Beteiligungsstrukturen wird ein hoher präventiver Wert zugemessen.

Insbesondere ist auf Stadtteilgruppensitzungen der Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen und Probleme“ äußerst relevant.

Die Hauptgründe, warum eine Bewohnerbeteiligung wichtig und immer ausbaufähig sein sollte, werden vor allen darin gesehen:

1. Bewohner als Betroffene

Sie haben mit den Auswirkungen von Veränderungen tagtäglich zu leben. Als Betroffene sollten sie mitwirken und mitentscheiden über diese Maßnahmen.

2. Bewohner als Experten

Bewohner sind Experten ihrer Wohnungen und des Wohnumfeldes. Sie sehen mehr und anders, was in ihrem unmittelbaren Bereich los ist, als der Planer, Architekt oder der Politiker aus der Innenstadt.

3. Bewohner als Ideenproduzenten

Fachlich kompetente Planer können viele gute Vorschläge für die Weiterentwicklung eines Quartiers machen. Bewohner hingegen machen oftmals noch viel mehr Vorschläge.

4. Bewohner als handelnde Subjekte

Bewohner sind nicht Objekte, für die die Politik und Verwaltung handelt. Bewohner handeln und planen mit.

Norbert Friedrich (Stadtplanungsamt Bremerhaven) berichtete über „Chancen und Grenzen sozialräumlicher Präventionsansätze – dargestellt am Beispiel Bremerhaven-Geestemünde“. Sozialräumliche Prävention ist in Bremerhaven unter dem EU-geförderten Pro-

jekt für Geestendorf mit der Aktion „Zivilcourage – Mut gegen Gewalt“ etabliert worden. Entstehung, Stabilisierung und Verstetigung der präventiven Zivilcourage im sozialen Raum ist vor allem durch eine gelungene Verknüpfung von zunächst erzeugten Medien- und Materialien zum Zivilcouragethema, sodann der Netzwerkstärkung und Bürgerbeteiligungsgewinnung und schließlich den von den Beteiligten durchgeführten öffentlichen Aktionen und Präsentationen entstanden.

Petra Kurzhöfer (Gewoba Bremen) und Jürgen Schöttke (Polizei Bremen) stellten die „Kooperation der GEWOBA AG und der Bremer Polizei – ‚Sicherheit im Quartier‘, Handlungsansätze und Ergebnisse aus Sicht eines Wohnungsunternehmens“ heraus. Die Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bewohner durch objektive und subjektive Maßnahmen in den Wohnquartieren der GEWOBA soll durch eine Kooperationsgemeinschaft zwischen der Polizei Bremen und der GEWOBA erzielt werden. Zu diesem Zweck sind folgende Maßnahmen beabsichtigt:

Sicherheitscheck und Maßnahmenkatalog (sicherheits- und bautechnisch) mit dem Fokus auf gering investive Maßnahmen vor allem bei Eingangstüren, Fenstern und Kellerfenstern.

Berücksichtigung von Maßnahmeempfehlungen aus der Kriminalprävention für subjektiv begleitende Maßnahmen zur Förderung des Sicherheitsgefühls der Bewohner vor allem durch Unterstützung von Nachbarschaftsinitiativen, sozial stabile Hausgemeinschaften, Kontaktpflege durch Hauswart, Kontaktpolizisten und Streetworker.

Wohnumfeldverbesserung durch Maßnahmen der objektiven Sicherheit vor allem durch gut ausgeleuchtete Hauseingänge und Treppenhäuser, Gegensprechanlage sowie überschaubare Zuwegungen.

Informationen für Mieter der GEWOBA und Öffentlichkeitsarbeit.

Informationsaustausch der Kooperationspartner GEWOBA und Polizei Bremen.

Resümee

Die Tagung führte in ihrem Endergebnis gewissermaßen zwangsläufig die scheinbar oftmals nicht zu lösenden Widersprüche und Zielkonflikte einer überressortierten Problembearbeitung auf. Als zentral wurde der Widerspruch zwischen einer Empowerment-Strategie und einer Kontrollmanagement-Strategie mit Blick auf präventiv kriminalgeographische Fragen diskutiert.

Während die Empowermentperspektive Arbeitsansätze umfasst, innerhalb dessen Menschen sich ermutigt fühlen, ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen, ihre eigenen Kräfte und Kompetenzen zu entdecken und ernst zu nehmen und den Wert selbsterarbeiteter Lösungen schätzen zu lernen - so auch bei der Mitwirkung an der Gestaltung von Sicherheit im sozialen Raum - greift die Kontrollperspektive eher den Defizit-Blick auf den Menschen auf und sieht die Betroffenen eher in Kategorien von Mangel, Unfertigkeit und Schwäche, denen Lösungen, bzw. auch Kontrollen zugeführt werden müssen.

Trotz divergenter Perspektiven stand die Tagung nicht unter dem Blickwinkel, Widerspruchsfreiheit erzielen zu wollen. Es wurde allerdings als problematisch angesehen, vorgefertigte Standardlösungen, die institutionellen Logiken von Dienstleistungsroutinen folgt, anzubieten. Vielmehr gilt es, institutionelle Arbeitsbedingungen für gestaltbare Strukturen zu öffnen. D.h.: Gefragt ist vor allem das aktive Einfluss-Nehmen der Bürger auf die Gestaltung sozialer Dienstleistungsprogramme, die den sozialen Raum und die Sicherheit im sozialen Raum betreffen. Dies ist geschehen in den auf der Tagung vorgestellten Praxisbeispielen wie Bremen-Tenever durch die dortige Förderung von Beteiligungsstrukturen in der Wohnumfeldverbesserung, in Bremerhaven-Geestemünde durch die Bürgerbeteiligungsgewinnung bei Präventionsansätzen zur Zivilcourage im sozialen Raum und auch bei der Gewoba durch die Unterstützung von Nach-

barschaftsinitiativen und die Förderung sozial stabiler Hausgemeinschaften.

Zieht man ein Fazit, geht es insgesamt darum, administrative Strukturen für Bürgerbelange zu öffnen, zu erweitern und zu pflegen und die Etablierung von Verfahren formaler Beteiligung, die sachverständigen Bürgern ein Mandat im Prozess der Planung, Gestaltung und Implementation gibt, zu unterstützen.

Anstelle also eines Diskurses, der von der Vorstellung eines hehren Allgemeinwohls ausgeht, sei es vielmehr zu wünschen, diese Beteiligung, Widersprüche, Interessenunterschiede und unterschiedlichen Bedürfnisse regelmäßig zu thematisieren. Es wurde als äußerst notwendig und fruchtbar betrachtet, diese Widersprüche und Zielkonflikte, die einer überressortierten und bürgerbeteiligten Zusammenarbeit impliziert sind, immer wieder erkennbar, kommunizierbar, bearbeitbar und auch aushaltbar zu machen. Auf diese Weise sollen ressortbezogene und bürgerbeteiligte Perspektiv- und Rollenwechsel anerkannt, geübt und nutzbar gemacht werden.

3.5 EU-Projekt: Lokaler Präventionsberater

Im Rahmen der im Jahr 2007 durchgeführten Machbarkeitsstudie wurde ein hoher Bedarf an Ressourcen für kriminalpräventive Bestrebungen festgestellt. Aus diesem Grund möchte die Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen, neben den zuvor dargestellten wichtigen Aufgabengebieten, auch operativ tätig sein und Ressourcen für die lokale kriminalpräventive Arbeit bereitstellen. Hierzu hat die KSKP Bremen das Projekt „Lokaler Präventionsmanager“ entwickelt und in der ersten Jahreshälfte 2009 einen EU-Förderantrag gestellt. Das eingereichte Projekt, mit einem Gesamtvolumen von knapp 100.000 Euro, trägt den Titel „Improvement of crime prevention in districts through horizontal approaches“, und wird seitens der EU gefördert.

Das mit der Durchführung des Projektes beabsichtigte Ziel ist die Stärkung der Kriminalprävention in Bremer Stadtteilen. Der Projektzeitraum erstreckt sich über den Zeitraum von 2010 bis 2012. Basierend auf einem zwei Säulen Modell soll ein praktisch angelegter Ratgeber, der typische relevante Aspekte kriminalpräventiven Wirkens auf Stadtteilebene behandelt, entwickelt werden.

Solche Leitfäden gibt es zwar bereits (beispielsweise vom Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen, dem Landespräventionsrat Niedersachsen, dem Präventionsrat Frankfurt am Main oder der Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention), diese können in einigen Bereichen jedoch ergänzt und um einige Aspekte kriminalpräventive Arbeit erweitert werden.

So ist kriminalpräventive Arbeit auf Stadtteilebene häufig mit institutionellen, personellen und strukturellen Problemen belastet. Häufig herrschen Unklarheiten beispielsweise über Verantwortungsbereiche, inhaltliche Schwerpunktsetzungen, Projektdurchführungen, lokale Netzwerkbildung oder der Entwicklung von langfristigen kriminalpräventiven Strategien. Um die kriminalpräventive Arbeit auf Stadtteilebene nachhaltig zu unterstützen, soll im Rahmen des EU-Projektes ein Leitfaden entwickelt werden, der insbesondere regionale Bedürfnisse und Problemlagen in den Vordergrund rückt.

Wie schon erwähnt, basiert das Projekt „Lokaler Präventionsmanager“ auf einem Zwei-Säulen-Modell. Zum einen wird für die Entwicklung des Leitfadens im Rahmen einer Inhaltsanalyse auf schon vorhandene Materialien zurückgegriffen, um schon geleistete Vorarbeiten aufzugreifen und hilfreiche Anregungen zu erhalten. Der bedeutendere Punkt ist jedoch die Zusammenarbeit mit kriminalpräventiven Akteuren im Lande Bremen. Ein lokaler Präventionsmanager wird Vor-Ort, in möglichst prototypischen Stadtteilen, gemeinsam mit ihnen arbeiten. Lokale Problemlagen sollen gemeinschaftlich

identifiziert und Lösungsstrategien im Rahmen von Projekten entwickelt werden. Zu dieser Aufgabe zählen sowohl die Bestandsaufnahme bereits vorhandener Bestrebungen im Bereich des kriminalpräventiven Wirkens als auch die Optimierung vorhandener oder die Entwicklung neuer Strukturen.

Die Ergebnisse der Zusammenarbeit fließen in den Leitfaden ein und sollen in Zusammenhang mit schon vorhandenen Ratgebern gesetzt werden, um somit einen größtmöglichen Effekt – im Sinne einer best-practice-Analyse - zu erzielen. Aus Gründen der Nachhaltigkeit soll der Leitfaden über die Projektlaufzeit hinaus nutzbar sein und Selbst-Lernprozesse aktivieren. Eine Professionalisierung kriminalpräventiver Arbeit auf lokaler Ebene wird, durch die aktive Arbeit vor Ort und den zu erstellenden Leitfaden, somit fortwährend gefördert.

Folgende Themenkomplexe wurden bislang als relevant erachtet und sollen in den Leitfaden einfließen:

- Institutionalisierung kriminalpräventiver Gremien
 - Die Zusammensetzung kriminalpräventiver Gremien
 - Die Arbeitsstruktur kriminalpräventiver Gremien
 - Bürgerbeteiligung
- Vernetzung (Entwicklung von Netzwerkstrukturen)
 - Mit Schwerpunkten auf einzelne Vernetzungspartner wie z. B. Politik, öffentliche Einrichtungen, Privatwirtschaft und Polizei
- Projektmanagement
 - Themenfindung, Problemerhebung
 - Zielentwicklung
 - Informationsbeschaffung
 - Datenerhebung
- Drittmittelakquise
- Evaluation
- Fortbildung / Wissenschaftliche Begleitung

- Öffentlichkeitsarbeit

Zur Projektumsetzung ist eine gute Zusammenarbeit der Kooperationsstelle Kriminalprävention, der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Bremen und dem Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung mit lokalen kriminalpräventiven Akteuren ein zentraler Erfolgsfaktor. Nur so können lokale Bedarfe in die Entwicklung des Leitfadens einfließen.

Um möglichst viele Kooperationspartner im Lande Bremen für das Projekt gewinnen zu können, fanden in diesem Jahr eine Vielzahl an Gesprächen statt – primär mit Ortsamtsleitern -, in denen das Projekt „Lokaler Präventionsmanager“ vorgestellt und um Kooperation geworben wurde. Aufgeschlossenheit und Interesse gegenüber dem Projekt war größtenteils vorhanden, jedoch gab es auch negative Rückmeldungen, in denen eine Zusammenarbeit nicht gewünscht wurde. Die Anzahl der gewonnenen Projektpartner und erste gemeinsame Arbeiten mit ihnen lassen aber den Schluss zu, dass ein Bedarf an Unterstützung besteht und der Entwicklung eines Leitfadens nichts im Wege stehen wird.

4 Schlusswort

Insgesamt verliefen die ersten beiden Geschäftsjahre der Kooperationsstelle Kriminalprävention sehr erfreulich. Strukturelle Grundsteine, wie etwa die umfangreiche Internetseite mit verschiedensten Hinweisen für kriminalpräventive Akteure im Lande Bremen oder ein starkes Kooperationsnetzwerk konnten bereits erfolgreich gelegt werden. Diese Ansätze werden in den folgenden Jahren von der Kooperationsstelle Kriminalprävention weiter verfolgt und ausgebaut. In Zukunft wird die Kooperationsstelle ihre Bemühungen insbesondere zur Förderung der kommunalen Kriminalprävention fortsetzen. Dabei geht es vor allem um den Stärkung und Intensivierung der

lokalen gesamtgesellschaftlichen Prävention. Auch sollen die bereitgestellten Unterstützungsangebote, wie etwa die Begleitung und Evaluation kriminalpräventiver Projekte weiter vorangetrieben werden und eine breitere Masse erreichen. Der Einsatz des „Lokalen Präventionsmanagers“ zur Unterstützung regionaler Gremien bei der Initiierung und Durchführung kriminalpräventiver Projekte soll hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Um die Kooperationsstelle Kriminalprävention als wichtige Institution im Lande Bremen zu etablieren, auf das angebotene Leistungsportfolio hinzuweisen und neue Kooperationspartner zu gewinnen, konnte schon im ersten Geschäftsjahr eine Fachtagung mit Experten aus verschiedensten Bundesländern gelungen durchgeführt werden. Optimierbar ist jedoch die Resonanz kommunaler politischer Entscheidungsträger. Eine weitere Aufgabe der Kooperationsstelle Kriminalprävention wird es daher in den folgenden Geschäftsjahren sein, mehr Entscheider für das Thema Kriminalprävention zu gewinnen. Hierzu besteht die überaus relevante Notwendigkeit auf Vorteile kriminalpräventiven Wirkens hinzuweisen. Nur durch vorzeigbare Erfolge lassen sich Menschen zur aktiven Mitwirkung bewegen.

Neben diesem Projekt wird die Kooperationsstelle Kriminalprävention auch in diesem Jahr ein Schwerpunktthema bearbeiten und eine Fachtagung durchführen. Diesbezüglich liegen erste Überlegungen schon vor. Die genauen Ziele werden aber noch weiter konkretisiert.

In Anbetracht der erfolgreichen zurückliegenden Geschäftsjahre kann die Kooperationsstelle Kriminalprävention erwartungsvoll in die Zukunft blicken.

5 Anhang

5.1 Liste der Kooperationspartner

in und für Bremen:

1. Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC)
2. Bremer Fachstelle Glücksspielsucht - Beratungsstelle Mitte
3. Bremer Fachstelle Glücksspielsucht - Beratungsstelle Bremen-Nord
4. Bremer JungenBüro e.V.
5. BRIGG - Bremer Integrationshilfen e.V., Erziehungshilfe-Jugendhilfe-Straffälligenhilfe
6. Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
7. Bundespolizeiinspektion Bremen - Öffentlichkeitsarbeit und Prävention
8. Deutsche Bahn Regio AG - Marketing, Kommunikation und Werbung
9. Deutscher Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA - Landesverband Bremen e.V.
10. Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Bremen e.V., Kinderschutz-Zentrum
11. Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)
12. Einzelhandelsverband Nordsee Bremen e.V.
13. Elternverein zur Bildungsförderung Bremen e.V.
14. Fachstelle für Gewaltprävention Bremen und Bremerhaven
15. Fairplayer e. V.
16. Fan-Projekt Bremen e.V.
17. Flamingo Gym - Thai-Kickboxen, Boxen
18. Gesundheitstreffpunkt West
19. Gewerkschaft der Polizei (GdP)
20. GEWOBA
21. Handelskammer Bremen
22. Hoppenbank e.V.
23. Initiative Bürger und Polizei e. V.
24. Kinder- und Jugendnotdienst - Fachabteilung Junge Menschen
25. Kriminalistische Studiengemeinschaft e.V.
26. Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle
27. Landesamt für Verfassungsschutz
28. Landesinstitut für Schule (LIS) - Gesundheit und Suchtprävention
29. Landesinstitut für Schule (LIS) - Zentrum für schülerbezogene Beratung (ZfsB)
30. Landesinstitut für Schule (LIS) - Gesundheit und Suchtprävention / Zentrum für schülerbezogene Beratung - Regionalteam Nord
31. Landespräventionsrat Niedersachsen
32. Landessenioren-Vertretung Stadtgemeinde Bremen und Bremerhaven

33. LidiceHaus - Jugendbildungsstätte Bremen
34. Mädchenhaus Bremen e.V. - Anlauf- und Beratungsstelle für Mädchen und junge Frauen
35. Neue Wege e. V. - Wege aus der Beziehungsgewalt
36. Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V. - Psychologische Beratungsstelle
37. Polizei Bremen
38. Präventionsrat Bremen-Nord
39. Präventionsrat Bremen-West
40. Präventionsrat Oldenburg
41. Schattenriss e.V. - Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen
42. Stadtamt Bremen
43. Stiftung Deutscher Polizeibeamter Bremen
44. Sparda-Bank Hannover-Stiftung, Stiftungsmanagement
45. Täter-Opfer-Ausgleich e.V. (TOA)
46. Techniker Krankenkasse (TK)
47. Unfallkasse Bremen
48. Verein für Innere Mission - Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution
49. Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.)
50. Violence Prevention Network e.V.
51. Weisser Ring Bremen
52. ZAKS – Zentrale Antikorruptionsstelle Bremen

in Bremerhaven:

53. Beratungslotse Bremerhaven
54. Fachstelle Jugendschutz im Internet (Dienstleistungszentrum Grünhöfe)
55. GEWOBA
56. Polizei Bremerhaven
57. Präventionsrat Bremerhaven
58. Senioren-Vertretung Seestadt Bremerhaven
59. Vereinigte Protestantische Gemeinde der Bürgermeister-Smidt-Gedächtniskirche
60. Volkshochschule Bremerhaven - Fachbereich Gesellschaft, Politik, Umwelt

in den 23 Bremer Stadtteilen jeweils:

61. Ortsamt / Beirat
62. Polizeiwache
63. Prävention und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei
64. Sozialzentrum
65. WIN-Projektgebiet

5.2 Liste der Projekte

Haus / Wohnung:

1. Projekt "Wachsamer Nachbar" (Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle)
2. Projekt "Errichterliste" (Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle)
3. Projekt „Künstliche DNA“ (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)

Diebstahl / Raub:

4. Projekt Fahrradregistrierung (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)

Betrug:

5. Projekt "Stadtwerketrick" (Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle)
6. Projekt "Enkeltrick" (Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle)

Antikorruption:

7. Zentrale Antikorruptionsstelle (ZAKS)

Drogen / Sucht:

8. Projekt "Jugend ohne Promille" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
9. Projekt "Voll im Blick" (Landesinstitut für Schule (LIS))
10. Projekt "Kribbeln im Bauch" (Landesinstitut für Schule (LIS))
11. Projekt "Sprungbrett" (Hohehorst GmbH)

Sachbeschädigung:

12. Projekt "Gegen Vandalismus und illegale Graffiti" (Deutsche Bahn Regio AG)
13. Projekt "Vandalismus ausbremsen" (Deutsche Bahn Regio AG)

Sexualdelikte:

14. Kampagne gegen K.O.-Tropfen (Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen e.V.)
15. Projekt "Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
16. Projekt „Kinder stark machen“ - gegen den sexuellen Missbrauch (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
17. Projekt "Sexuelle Gewalt gegen Kinder" (Bremer JungenBüro e.V.)
18. Projekt "Mut zur Gegenwehr" (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)
19. Projekt "Wehren mit Grips" - Präventionskurs für Kinder im Vorschulalter (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)

Stalking:

20. Projekt "Stalking-KIT" (Täter-Opfer-Ausgleich e.V. (TOA))

Internetgefahren:

21. Projekt "Gefahren im Internet" (Stiftung Deutscher Polizeibeamter Bremen)

Extremismus:

22. Lokaler Aktionsplan Vielfalt-Bremen (Koordinierungsstelle für den Lokalen Aktionsplan "Vielfalt-Bremen")
23. pro aktiv gegen rechts - mobile Beratung (Beratungsstelle "pro aktiv gegen rechts" - mobile Beratung in Bremen und Bremerhaven)
24. Projekt "Rote-Bunte-Karte" (LidiceHaus - Jugendbildungsstätte Bremen)
25. Projekt "Bündnis gegen Rechts" - Kooperationskreis / Netzwerk gegen Rechts (Volkshochschule Bremerhaven - Fachbereich Gesellschaft, Politik, Umwelt)
26. Projekt "Aussteigerprogramm" (Vereinigte Protestantische Gemeinde der Bürgermeister-Smidt-Gedächtniskirche)

Jugendliche:

27. Konzept "Stopp der Jugendgewalt" (Kooperationsstelle Kriminalprävention Bremen (KOOOPERATIONSSTELLE KRIMINALPRÄVENTION))
28. Projekt "Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Rassismus" (Landessportbund - Abteilung Integration (LSB))
29. Projekt "SCHUPS" (Landesinstitut für Schule (LIS))
30. Projekt „Grenzgänger“ (Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.))
31. Projekt „PRO Meile“ (Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.))

Jugendliche, Präventionsprojekte der Polizei Bremen:

32. Projekt „Jugend ohne Promille“ (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
33. Projekt "Nicht mit mir - Strategien gegen Gewalt" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
34. Projekt "Normenverdeutlichende Gespräche" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
35. Projekt "Schulvermeider" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)
36. Projekt "Selbstbehauptungs- und Verteidigungskurse" (Polizei Bremen - Steuerung Prävention)

Jugendliche, Präventionsprojekte in Bremen Nord:

37. Projekt "Einheitliche Schulkleidung" (Präventionsrat Bremen-Nord)
38. Projekt "Nachtwanderer" (Präventionsrat Bremen-Nord)

Jugendliche, Präventionsprojekte in Bremerhaven:

39. Projekt "Angst nehmen - Mut machen - Aufklären" - Selbstbehauptungskurs in Theorie und Praxis für Mädchen von 14 - 17 Jahren (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)
40. Projekt "Beratungslotse Bremerhaven"
41. Projekt "Fair Play - Mut gegen Gewalt" (Präventionsrat Bremerhaven)
42. Projekt "Gewaltfreie Schule" (Präventionsrat Bremerhaven)
43. Projekt "Polizeipuppenbühne Bremerhaven" (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)

44. Projekt "Selbstbehauptung für Grundschul Kinder" – Präventionskurs (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)

Ältere Menschen:

45. Projekt "Sicher leben - auch im Alter" - Tipps und Hinweise zur Gefahrenabwehr für ältere Mitbürger (Ortspolizeibehörde Bremerhaven)

Sozialer Raum:

46. Waffenverbotszone
47. Projekt "Bauen, Wohnen, Sicherheit" (GEWOBA)
48. Projekt "Sicherheitsatlas" (Präventionsrat Bremen-Nord)

Opfer / Helfer / Zeugen:

49. Projekt "Mut gegen Gewalt - Zivilcourage" (Präventionsrat Bremerhaven)
50. Projekt "Zivilcourage" (Kriminalpolizeiliche Beratungsstelle)

Resozialisierung:

51. Projekt "Sprungbrett" (Präventionsrat Bremen-Nord)
52. Projekt "Verantwortung übernehmen - weg von Hass und Gewalt" (Violence Prevention Network e.V.)

Migration:

53. Projekt "Kleine Brüder" (Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.))
54. Projekt „kompass - Mentoren als Brückenbauer“ (Elternverein zur Bildungsförderung Bremen e.V.)

5.3 Grafische Darstellung der lokalen Präventionsgrenzen

Präventionsgremien in Bremen und Bremerhaven

